

Assoziierungsabkommen EU-Mercosur: Verlorene Transparenz

TOP SECRET

Ein
10-Punkte-Blick
hinter den
Vorhang



**Friends of
the Earth
Europe**

NETZWERK
**Gerechter
Welthandel**

Mangelnde Transparenz bei den EU-Mercosur-Verhandlungen

Inhalt

Einleitung	3
Worum geht es bei dem Abkommen?	4
Die Doppelmoral der EU	4
10 Gründe, warum das Abkommen in Sachen Transparenz ein Totalausfall ist	5
Fazit	10
Nachweise	11



Einleitung

Seit 1999 verhandelt die EU mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay über das Assoziierungsabkommen EU-Mercosur. Seitdem hat sich politisch und wirtschaftlich viel verändert. Die Eckpfeiler des Abkommens haben sich jedoch nicht verändert. Es ist veraltet und daher nicht in der Lage, Antworten auf die sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu geben.

2019 wurde eine vorläufige politische Einigung erzielt, aber eine Ratifizierung war damals nicht möglich, insbesondere aufgrund der lauten Kritik der Zivilgesellschaft am brasilianischen Präsidenten Bolsonaro und seiner unökologischen und unsozialen Politik im Amazonasgebiet. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Abholzung des Amazonas und anderer Ökosysteme einen historischen Höchststand erreicht, was damals wie heute eine große Bedrohung für das Klima darstellt. Die Wahl des neuen brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, der sich für den Schutz des Amazonas, der Rechte der indigenen Völker und des Klimas einsetzte, wurde in Europa mit Erleichterung aufgenommen. Doch der enorme Druck der Agrar-, Chemie- und Autolobby auf beiden Seiten des Atlantiks, das EU-Mercosur-Abkommen abzuschließen, birgt nun die große Gefahr, dass das Abkommen über die Zielgerade gebracht wird.

Seit Dezember letzten Jahres hat sich die demokratische Situation jedoch nicht in Brasilien, sondern in Argentinien verschlechtert: Der Klimawandel-Leugner Javier Milei hat seit seinem Amtsantritt damit begonnen, soziale und ökologische Rechte strukturell abzubauen und versucht dies jenseits der üblichen demokratischen Wege zu tun. Wir halten es für gefährlich, mit einem Präsidenten Milei, der die Freiheits- und Menschenrechte sowie den Umweltschutz und die Demokratie in Argentinien mit Füßen tritt, einen schnellen Abschluss herbeiführen zu wollen.

Dennoch ist die Gefahr, dass das schädliche Abkommen schnell abgeschlossen wird, nicht gebannt. Während in der öffentlichen Debatte vor allem Nachhaltigkeit und Menschenrechte thematisiert werden, wird ein Punkt kaum erwähnt: die mangelnde Transparenz des Verhandlungsprozesses. Angesichts der weitreichenden Auswirkungen auf das Weltklima und die soziale Ungleichheit, die das Abkommen mit sich bringen könnte, stellt diese Intransparenz ein besonderes Problem für die demokratische Politik dar.

Mit den Neuwahlen zum EU-Parlament im Juni 2024 wird sich das Zeitfenster für den Abschluss des Abkommens vorübergehend schließen. Die Intransparenz, insbesondere die Tatsache, dass wichtige Teile des Abkommens noch immer nicht öffentlich zugänglich sind und somit keine transparente öffentliche Diskussion stattfinden kann, wird daher zunehmend zum Problem.

Darauf wollen wir mit dieser Veröffentlichung besonders aufmerksam machen.

Worum geht es bei dem Abkommen?

Nach mehr als 20 Jahren Verhandlungen haben die Europäische Union und der Mercosur-Raum 2019 eine vorläufige politische Einigung zum Assoziierungsabkommen präsentiert. Sollte es ratifiziert werden, würde es zu einem der größten Handelsabkommen der Welt werden. Dieses unternehmensfreundliche Abkommen würde den Handel mit schädlichen Produkten zwischen den beiden Regionen ankurbeln, da die meisten Zölle auf Waren abgeschafft würden. Es hätte schwerwiegende Folgen für die Umwelt und die Menschenrechte. Sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene zeichnen sich schlimme Folgen ab: mehr und stärkere Brände im Amazonasgebiet, steigende Treibhausgasemissionen, eine Störung der lokalen Nahrungsmittelproduktion in den Mercosur-Ländern, ein verstärkter Einsatz von gefährlichen Pestiziden und anderen giftigen Substanzen, die die Lebensmittelsicherheit in Europa bedrohen.

Die Doppelmoral der EU

Am 28. September 2023 schrieb die EU-Kommission auf X (ehemals Twitter), ihre Handelsabteilung sei die transparenteste der Welt.¹ Das stimmt, denn Transparenz ist in den EU-Verträgen verankert: Sie ist verpflichtet, Informationen über politische Entscheidungen und Ausgaben offenzulegen und den Grundsatz der Informationsfreiheit zu wahren. In Artikel 10 des Vertrags über die Europäische Union ist festgelegt, dass offene Entscheidungen "so bürgernah wie möglich" getroffen werden müssen. Nach Artikel 11 sollten sowohl Einzelpersonen als auch repräsentative Verbände die Möglichkeit haben, "ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen". Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union führt diese Punkte weiter aus. Demnach sind die EU-Institutionen verpflichtet, öffentlich zu handeln und sicherzustellen, dass Einzelpersonen und alle natürlichen oder juristischen Personen mit Wohnsitz oder Sitz in einem EU-Land Zugang zu Dokumenten haben (Artikel 15). Außerdem empfahl die Ombudsperson aufgrund der anhaltenden Kritik an der Intransparenz bei den TTIP-Verhandlungen, die Transparenz bei künftigen Handelsverhandlungen zu verbessern.² Leider sieht die Realität oft ganz anders aus. Der vollständige Text des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur ist immer noch nicht öffentlich. Wichtige Informationen über den Stand der Verhandlungen gelangen oft nur über durchgesickerte Dokumente an die Öffentlichkeit. Diese Unzugänglichkeit von Dokumenten führt automatisch dazu, dass bestimmte Stimmen in diesen Verhandlungsprozessen ausgeschlossen werden.

10 Gründe, warum EU-Mercosur an Intransparenz nicht zu überbieten ist

1. Das Verhandlungsmandat für das EU-Mercosur-Abkommen wurde im September 1999 vom Europäischen Rat verabschiedet, aber bis heute nicht veröffentlicht.

Um mit Verhandlungen zu einem Handelsabkommen beginnen zu dürfen, sprechen die EU-Mitgliedsländer der EU-Kommission ein sogenanntes Verhandlungsmandat (“negotiating directive”) aus, in dem die Grundzüge eines möglichen Abkommens festgehalten werden.

Obwohl seit den Debatten um die mangelnde Transparenz von Handelsabkommen wie TTIP, CETA, JEFTA und TiSA und insbesondere ihrer Mandate im Jahre 2017³ versprochen wurde, dass die Mandate zeitnah veröffentlicht werden und dies in den letzten Jahren für alle anderen in den Verhandlungen befindlichen Abkommen auch – teilweise mit jahrelanger Verzögerung – realisiert wurde, wurde das Mandat zum EU-Mercosur Assoziierungsabkommen bis heute offiziell nicht veröffentlicht.⁴ Die Verhandlungsmandate sind deshalb so wichtig, weil in ihnen festgehalten ist, wie die Abkommen strukturiert sein sollen (bspw. politischer und ökonomischer Teil) und welche inhaltlichen Schwerpunkte gesetzt werden.

2. Das Abkommen wurde weitgehend im Geheimen ausgehandelt und abgeschlossen.

Auf Grundlage des Verhandlungs-Mandates verhandeln Diplomaten und Bürokrat:innen das Abkommen. Die substanziellen Elemente dieser Verhandlungen werden nicht laufend öffentlich diskutiert, sondern geheim gehalten. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und NGOs wurden zwar über den für Handelsabkommen der EU üblichen EU Trade Civil Society Dialogue (CSD) unter dem Titel „Update on EU-Mercosur trade negotiations“ – Treffen⁵ in unregelmäßigen Abständen informiert, aber dieser Prozess lieferte weder relevante Informationen noch erlaubte er den NGOs, alle Fragen zu stellen bzw. beantwortet zu bekommen.⁶

Anmerkung: Wirtschaftsunternehmen und deren Verbände haben natürlich über die CSD - Treffen hinaus andere Möglichkeiten (u.a. durch bilaterale Treffen mit der EU-Kommission bzw. den Mercosur-Mitgliedern, ihre Positionen bei der EU-Kommission einzubringen.

3. Bevor das Abkommen am 28. Juni 2019 politisch abgeschlossen wurde, waren die Quantität und Qualität der auf der Homepage der Generaldirektion Handel veröffentlichten Dokumente schlechter als vergleichsweise beim hoch umstrittenen TTIP mit den USA.

Vor dem ersten Leak von Texten des Handelsteils im Dezember 2017 (18 Jahre nach Verhandlungsbeginn!) waren lediglich für sieben Kapitel und einen Anhang Text-Entwürfe vonseiten der EU veröffentlicht worden. Durch diesen Leak⁷ und einen zweiten im Februar 2018⁸ verbesserte sich die Informationslage, da nun konsolidierte Fassungen zu weiteren Kapiteln verfügbar waren. Zwischen den beiden Leaks und dem politischen Abschluss des Handelsteils veröffentlichte die Kommission keine weiteren Texte mehr, deren Veröffentlichung erfolgte erst nach dem politischen Abschluss im Juni 2019.

Zum Vergleich: Zu TTIP wurden bis zum November 2015 (2 Jahre nach Verhandlungsbeginn!) 12 Textvorschläge und zusätzlich zahllose Positionspapiere und Factsheet zu den geplanten 24 Kapiteln des TTIP-Abkommens von der EU-Kommission vorgelegt.

4. Bis heute liegt kein vollständiger Text des Handelsteils des EU-Mercosur Assoziierungsabkommen vor.

Obwohl die politischen Verhandlungen am 28. Juni 2019 offiziell abgeschlossen wurden und einzelne Kapitel des Abkommens zwei Wochen später online veröffentlicht wurden, gibt es zahlreiche Bereiche des Abkommens, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht veröffentlicht waren. Am 12. Juli 2019 wurden 27 Einzeldokumente (20 Kapitel, 2 Protokolle und 5 Anhänge) und am 6. September 2019 das Kapitel über die Rechte des geistigen Eigentums sowie ein Anhang dazu veröffentlicht. In einem der veröffentlichten Anhänge wurde auf eine Frist bis zum 1. Mai 2020 für Änderungen und Verbesserungen hingewiesen, was die Kommission jedoch verhinderte. Sie hatte für Ende April 2020 eine Sitzung geplant, um den Text fertigzustellen. Dieses Treffen wurde aufgrund von Covid-19 abgesagt. Die Europäische Kommission hat seit dem 28. Juni 2019 mehrfach angekündigt, dass sie die konkreten Marktzeitpläne, also den Teil des Handelsabkommens, der die Öffnung der Märkte betrifft, veröffentlichen wird. Diese Texte wurden erst im Juli 2021, ohne Ankündigung veröffentlicht.⁹

Das wichtige Kapitel über den Marktzugang und die entsprechenden Anhänge wurden erst zwei Jahre später, im Juli 2021, veröffentlicht, während das ebenso wichtige Kapitel über "Allgemeine Bestimmungen" bis heute fehlt.

Ghiotto & Echaide schreiben über das letztgenannte Kapitel:

"Ein wichtiges Kapitel - das der Allgemeinen Bestimmungen - sowie mehrere Anhänge und Anlagen sind noch nicht veröffentlicht worden. Das Kapitel über die Allgemeinen Bestimmungen wird wichtige Informationen über den Ratifizierungsprozess des Abkommens und sein Inkrafttreten enthalten. Außerdem wird darin die Funktionsweise des Assoziationsausschusses festgelegt, der die Anwendung des gesamten Abkommens überwacht und dem alle Unterausschüsse unterstellt sind. Ohne genaue Kenntnis der Zusammensetzung dieses Ausschusses und seines Verhältnisses zu den Gesetzgebungsbefugnissen der Mercosur-Länder und des Europäischen Parlaments ist nicht gewährleistet, dass Mechanismen der demokratischen Kontrolle und Prüfung vorgesehen sind."¹⁰

5. Der seit mehr als drei Jahren politisch verabschiedete Text des Assoziierungsabkommen ist bis heute nicht veröffentlicht worden.

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur ist die handelspolitische Säule eines umfassenderen Assoziierungsabkommens, das auch den politischen Dialog und die Zusammenarbeit beinhaltet. Teile des AA wurden bereits im Juni 2018 vereinbart, der politische Abschluss des Assoziierungsabkommens-Textes erfolgte im Juni 2020, wurde aber erst im Juli 2020 bekannt gegeben. Bisher wurde nichts davon veröffentlicht, obwohl der Text wichtige Elemente (wie zu Menschenrechten, den Rechten der Indigenen wie auch zur Struktur des Abkommens und seiner Gremien) enthält und der Handelsteil ohne diesen Text nicht vollständig ist. Greenpeace leakte den Text des Assoziierungsabkommens im Oktober 2020.¹¹

6. Es gibt keine konkreten Informationen über den Stand der juristischen Bereinigung („legal scrubbing“) und der Übersetzungen, obwohl die Texte schon vor vier Jahren verabschiedet wurden.

Der politischen Einigung, die im Juni 2019 erfolgte, folgt normalerweise der Prozess des „legal scrubbing“ und Übersetzungen. Eine Zeitdauer von mehr als vier Jahre für ein legal scrubbing (juristische Überprüfung) ist außergewöhnlich lang und lässt vermuten, dass an den Vertragstexten trotz abgeschlossener politischer Einigung hinter den Kulissen noch weitergearbeitet wurde. Im Falle der Geographischen Herkunftsbezeichnungen¹² ist seit Ende 2020 bekannt, dass - obwohl ein angeblich ausgehandelter Text seit dem 6. September 2019 vorliegt - weiter verhandelt wurde.¹³ Handelskommissar Valdis Dombrovskis verkündete Ende September 2021, dass die weitgehend seit Sommer 2019 vorliegenden Texte deshalb noch nicht den Prozess der juristischen Überprüfung durchlaufen hätten.

Erst wenn diese Nachverhandlungen abgeschlossen seien, könne der juristische Feinschliff und die Übersetzung in die weiteren 23 Amtssprachen der EU erfolgen.

Anmerkung: Von CETA ist bekannt, dass während des Prozesses des legal scrubbing fast ein Fünftel des zuvor politisch angeschlossenen Verhandlungstextes verändert wurde.¹⁴

7. Die durchgeführte Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung für das Abkommen ist ein völliges Desaster.

Die von der EU Kommission in Auftrag gegebene Nachhaltigkeitsfolgeabschätzung (“sustainability impact assessment”, SIA) weist inhaltlich große Mängel auf: aus ökonomischer Perspektive sind einige der Grundannahmen für die Folgenabschätzung zurückzuweisen, während gleichzeitig gewisse Phänomene wie Risiken für Biodiversität, CO₂ Ausstoß bei internationalem Transport oder Beschneidung indigener Rechte massiv unterschätzt werden.¹⁵ Zusätzlich sollte die Folgenabschätzung vor der politischen Einigung veröffentlicht werden, um für die Entscheidung zu dieser Einigung berücksichtigt werden zu können. Im Falle von EU-Mercosur wurde die Folgenabschätzung im April 2021 veröffentlicht - fast 2 Jahre nach der politischen Einigung. Dies wurde auch von der Ombudsfrau der EU-Kommission gerügt.¹⁶ Im Oktober 2023 forderte dann auch der UN-Menschenrechtsausschuss eine “systematische” Untersuchung der Folgen des Abkommens auf die Menschenrechte.¹⁷

8. Das Abkommen schafft eine Bürokratie, die Entscheidungen abseits der normalen demokratischen und demokratisch festgelegten Entscheidungsprozesse treffen und die Intransparenz des Abkommens erhöhen wird.

Zur Durchführung des Abkommens wird es einen übergeordneten Assoziierungsausschuss und für den Umgang mit einzelnen Kapiteln Unterausschüsse geben. Details über diese Ausschüsse sind bisher nicht veröffentlicht worden. Aus der Debatte über andere Handelsabkommen, insbesondere aus der CETA-Diskussion, ist bekannt,¹⁸ dass die verschiedenen Unterausschüsse Entscheidungen treffen werden, die sich auf das Wohlergehen von Verbraucher:innen, Arbeitnehmer:innen und der Umwelt auswirken werden, ohne dass sie Rechenschaft ablegen müssen.¹⁹ Die Gewerkschaften und NGOs werden bei diesen Entscheidungen keine bedeutende Rolle spielen. Aber Unternehmen können die durch das Kapitel Transparenz geschaffene erhöhte “Transparenz” (bei der geplante Vorschriften den Unternehmen mitgeteilt werden, damit sie die Diskussion beeinflussen können) nutzen, um sich in die Diskussionen über geplante Vorschriften einzubringen. Technisch gesehen können auch die anderen Teile der Zivilgesellschaft und Einzelpersonen diese “Transparenz“-Mechanismen in

Anspruch nehmen, aber in Wirklichkeit erfordert die Beteiligung mehr Ressourcen, als mit Ausnahme der Wirtschaftsverbände die meisten Organisationen der Zivilgesellschaft haben.

Anmerkung: Derartige Transparenz-Kapitel sind Bestandteil vieler Handelsabkommen der EU und kein Spezifikum von EU-Mercosur. Bereits im Jahr 2016 wurden die Tücken dieser Transparenz-Kapitel beim zweiten TiSA-Leak aufgezeigt.²⁰

9. Völlige Intransparenz über die Inhalte des Zusatzprotokolls

Seit im Juni 2019 die politische Einigung bekannt gegeben wurde, verschärfte sich Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft am Abkommen. Seit Dezember 2020 führt die EU-Kommission Gespräche über ein Zusatzprotokoll zum EU-Mercosur Handelsvertrag, um dessen von der Zivilgesellschaft und Expert:innen kritisierte Probleme auszubessern und die Zustimmungsfähigkeit für einen Abschluss des Vertrages im EU-Rat wie im Europäischen Parlament zu erhöhen.²¹ Der Vorschlag der EU für einen Text des Zusatzprotokoll ist erst durch einen Leak von Friends of the Earth Europe und anderen NGOs im März 2023 bekannt geworden.²² Auch die Inhalte der Antwort der Mercosur-Staaten sind nur durch Zeitungsartikel bekannt geworden.²³ Bereits im Februar 2021 hat die EU-Kommission die Mitgliedstaaten befragt, was in einem solchen Zusatzprotokoll stehen sollte (“Informal Non-Paper: Potential Elements of a legal instrument to address concerns on the EU-Mercosur Agreement”). Die Ergebnisse dieser Umfrage sind niemals bekannt geworden, lediglich die niederländische Regierung veröffentlichte ihre Position im Oktober 2021²⁴, die deutsche Regierung gab auf Nachfrage im April 2022 bekannt, dass sie auf die Umfrage nicht geantwortet habe („Das BMWK hat zu diesem Papier keine Stellungnahme abgegeben.“²⁵).

10. Seit Jahren gibt es keine konkrete Aussage darüber, ob das Abkommen gesplittet wird oder nicht.

Eine weitere Möglichkeit, das Abkommen schnell abzuschließen, wäre eine Änderung des Abstimmungsmodus zu erzwingen - das sogenannte “splitting”²⁶ wäre hier eine Möglichkeit. Durch die Trennung des Handelsteils vom politischen Teil müssten nicht mehr alle EU-Länder dem Handelsteil einstimmig zustimmen (was sie aktuell nicht tun könnten, da zumindest die österreichische Regierung vom Parlament verpflichtet ist, ein Veto einzulegen).

In der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage aus dem EP schrieb Handelskommissar Valdis Dombrovskis im Namen der Europäischen Kommission am 23. Juni 2021: „Die Kommission und der Mercosur arbeiten noch daran, den Text des Abkommens fertigzustellen. Daher liegt derzeit kein Beschluss über den Rechtsrahmen des Abkommens vor“²⁷. Ähnliche Antworten wurden bereits vorher und werden bis heute erteilt, dabei ist die Option eines Splittings unter

Gesichtspunkten der Transparenz wie der Demokratie wesentlich, da die Öffentlichkeit ein Recht hat, zu wissen, ob ihrer nationalen Parlamente eine Entscheidung über das Abkommen treffen oder nicht.

Fazit

Seit Jahren kritisieren wir die undemokratische und intransparente Art und Weise, wie die EU Handelsabkommen verhandelt, scharf. Doch auf eine Verbesserung warten wir vergeblich. Stattdessen wird der Prozess immer intransparenter. Das beweist das EU-Mercosur-Abkommen. Abgesehen von den schwerwiegenden negativen Auswirkungen des Abkommens auf die Umwelt, die Menschenrechte und den sozialen Bereich ist dies ein weiterer Grund, das Abkommen in seiner jetzigen Form nicht zu genehmigen.

Nachweise:

1: https://twitter.com/Trade_EU/status/1707338157878837621

2: <https://www.ombudsman.europa.eu/en/press-release/en/54636>

3: “Since September 2017, starting with Australia and New Zealand, the Commission systematically publishes its recommendations for negotiating directives for trade agreements. This is the official document produced when the European Commission asks the Council to authorise the opening of negotiations for a free trade agreement (FTA) with a non-EU country. The document explains the reasons behind the proposal and sets out the objectives that the Commission plans to achieve during the negotiations, as well as the expected scope of the agreement.” Source: European Commission: Transparency Policy in DG TRADE - Listening and Engaging, Brussels, November 2018. <https://circabc.europa.eu/ui/group/7fc51410-46a1-4871-8979-20cce8df0896/library/ebae888d-6243-48a2-a766-e21923793a71/details>

4: Eine französische Version des Textes „UE-MERCOSUR DIRECTIVES DE NEGOCIATION, PAR LA COMMISSION, D'UN ACCORD D'ASSOCIATION ENTRE LES PARTIES, Bruxelles, le 17 septembre 1999, VERSION CONSOLIDÉE) wurde auf bilaterals.org geleakt. Siehe <https://www.bilaterals.org/?ue-mercosur-directives-de&lang=en>. FoEE hat zuvor ergebnislos versucht, dass der Text veröffentlicht wird.

5: Acht Treffen zwischen dem 17. Januar 2017 und dem 15. Juli 2019, je zwei Treffen in 2017 und 2018 und vier Treffen in 2019.

6: Vergleiche die Reports zu den einzelnen Verhandlungsrunden (Negotiation round reports (publishing date)): Report of round 38, March 2019; Report of round 37, January 2019; Report of round 36, December 2018; Report of round 35, September 2018; Report of round 34, July 2018; Report of round 33, June 2018; Report of round 32, March 2018; Report of round 31, December 2017; Report of round 30, November 2017; Report of round 29, October 2017; Report of round 28, July 2017; Report from the 27th negotiation round (joint communiqué) (March 2017); Report from the 26th negotiation round (October 2016).

7: Siehe <https://trade-leaks.org/mercosur-leaks/>

8: Siehe <https://www.bilaterals.org/?eu-mercosur-fta-27-draft-chapters&lang=en>

9: The texts are the "Annex on tariff elimination schedule" and the two appendices "Appendix on tariff elimination schedule for the European Union" and "Appendix on tariff elimination schedule for Mercosur" (see <https://www.isds.bilaterals.org/?eu-mercosur-fta-tariff-elimination&lang=en>) to the chapter "Trade in Goods“.

10: Übersetzungen aus der englischen Fassung von Ghiotto, Luciana & Echaide, Javier (2020). Analysis of the agreement between the European Union and the Mercosur, Seite 124. Siehe https://www.researchgate.net/publication/340413318_Analysis_of_the_agreement_between_the_European_Union_and_the_Mercosur/link/5e874cf5a6fdcca789eeefc8/download

11: Siehe <https://trade-leaks.org/mercosur-eu-association-agreement-leaks-8-october-2020/>

12: Siehe Sub-Section 4 - Geographical Indications, Article x33 und folgende im Kapitel INTELLECTUAL PROPERTY (IP) sowie Annex II zu diesem Kapitel.

13: Das Problem sind die Rechte der „prior users“ von GIs in den Mercosur-Ländern, siehe die entsprechenden leeren Fußnoten 15-37 im Text des IP Chapters „to be included before the conclusion of the agreement“.

14: Vgl. <https://www.linkedin.com/pulse/legal-scrubbing-renegotiation-text-as-data-analysis-how-alschner#:~:text=After%20any%20major%20treaty%20negotiation%20is%20concluded%20the,result%20in%20minor%20changes%20to%20the%20treaty%20text> bzw. <http://mappinginvestmenttreaties.com/blog/2016/03/legal%20scrubbing-ceta/>, siehe auch <https://www.greenpeace.org/eu-unit/issues/democracy-europe/45118/eu-mercosur-mythbuster/>

15: Siehe <https://s2bnetwork.org/open-letter-sia/>

16: Siehe <https://www.ombudsman.europa.eu/en/decision/de/139418>

17: Siehe https://link.mediaoutreach.meltwater.com/lis/click?upn=H2yPqtQNxlI-2B-2B4SrGjsjmdWRL465xANGgztMdPXO7u9bYsAw-2BKZtbKbyn1hMm4gUUOxWc-2BLd-2BPXRDOAFI5vvGz42sPpOGe3lwHizjloOulvrENyaYbflVI29pngNc-2Fr2JFA2Ljf8omu8Jtyc4IUl3Ms27fbcOVNWPx-2B-2FQ3pi3k58p1xAdoGE1zvqNRkylIjvHRBVmpONhgG3k23Vnc4z64UflA03SYv9LCZTARuGhGorLiQ-2BZ5rgMtfbZ9SoSMBcC-L_6IjsKO7KRU5jij5mkkziOsMB-2F7bncYIhW5CnAt2we9Hvb1KFvt5YsOVyQOVmudhTmuPzIQhU5ry7ELBmIZcVCQuaardpFD7ExbWQCtWogi7BssNn3HIdAmLaVUVFByTjzIeKLFHxhNu1EvgIXUMHweKtT4U1q17AAS2abzYW3q-2FWxwTx1RvF1iAfusZp56lpPXeZkcF-2Bexff7qVqFqQwcThaVFyeP2Ku6KiNgrKPTXi7e80RgO67YfGPwhTTYso4-2B5wawZnaOv-2B4KVsa2ueSvOzaJ9cpjFgGRfgOkwHj-2B8GAXmxok6TCWzSSDQB4ne6N26out7-2BBsdc3d1QOoioiu7RvM4cJnebPrj9CsNH2M1Myxgr5xwA3mwjpaSOFw-2BP3t9OIDV2CxU6iuqOVXOOa2kQ-3D-3D

18: https://www.veblen-institute.org/IMG/pdf/report_ceta_6_years_after_veblen_inst.pdf

19: Vergleiche Ghiotto & Echaide, Seiten 48, 55, 123

20: Siehe <https://trade-leaks.org/wp-content/uploads/2016/11/Analysis-of-the-TiSA-Annex-on-Transparency.pdf>

21: „Angesichts der Besorgnis über die Entwaldung und die Umwelt strebt die Kommission auf dem Weg zur Ratifizierung des Abkommens ein sinnvolles Engagement des Mercosur in Bezug auf das Pariser Abkommen und die Entwaldung an. Beim Informellen Außenministertreffen der Europäischen Union mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik vom 14. Dezember 2020 wiesen der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Dombrovskis, und die Mercosur-Minister ihre Beamten an, die Kontakte zu intensivieren, um den Informationsaustausch in diesen Bereichen zu verbessern, den politischen Dialog zu intensivieren und Bereiche der Zusammenarbeit zu ermitteln. Die Kommission hat bereits mit der Arbeit an einer Initiative begonnen, um diese Anliegen anzugehen.“ Eigene Übersetzung. Siehe Europäische Kommission: Overview of FTA and other Trade Negotiations (Stand März 2021).

22: Siehe: <https://friendsoftheearth.eu/press-release/breaking-civil-society-denounce-leaked-joint-instrument-on-eu-mercosur-deal-as-blatant-greenwashing/>

23: Siehe: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mercosur-staaten-erklaeren-bedingungen-fuer-handelsabkommen-mit-eu-19178118.html>

24: Die niederländische Regierung hat im Oktober 2021 veröffentlicht, wie die holländische Sicht auf ein Zusatzdokument ist und damit öffentlich gemacht, dass die EU-Kommission unter den Mitgliedsstaaten eine entsprechende Befragung durchgeführt hat. Siehe <https://www.rijksoverheid.nl/binaries/rijksoverheid/documenten/publicaties/2021/10/01/nl-inputs-on-trade-and-sustainability-mercosur/nl-inputs-on-trade-and-sustainability-mercosur.pdf>

25: Antwort des Staatssekretär Udo Philipp (BMWK) vom 27. April 2022 auf eine entsprechende Anfrage des Netzwerkes Gerechter Welthandel vom 26. Januar 2022: „In Ihrem Schreiben nehmen Sie Bezug auf ein informelles Papier der Europäischen Kommission aus dem Frühjahr 2021, in dem diese einige Aspekte eines solchen Begleitinstrumente anspricht und den Mitgliedstaaten Gelegenheit gibt, ihre Position zu übermitteln. Das BMWK hat zu diesem Papier keine Stellungnahme abgegeben. Wie berichtet, fand hierzu im März 2021 ein informelles Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten auf Fachebene statt. In diesem Rahmen wurden Ideen zum weiteren Vorgehen gesammelt und mögliche Inhalte eines Zusatzinstruments besprochen. Dabei wurden keine Beschlüsse gefasst, und es gab in der Folge keine offiziellen Mitteilungen oder Korrespondenz seitens der Kommission oder der Bundesregierung. Seit diesem Austausch wurden dem BMWK seitens der Kommission keine Ergebnisse oder neuen Informationen zu diesem Prozess übermittelt.“

26: Unter dem "Splitting" wird eine Teilung des Abkommens in einen politischen und einen wirtschaftlichen Teil verstanden. Damit will die EU-Kommission bezwecken, dass die Mitgliedstaaten von der Ratifizierung des wirtschaftlichen Teils ausgenommen werden und dieser so schneller in Kraft treten kann.

27: Im 10. Mai 2021 reichten die Abgeordnet*innen des Europäischen Parlaments Thomas Waitz (Verts/ALE), Andreas Schieder (S&D), Bettina Vollath (S&D), Franc Bogovič (PPE), Simone Schmiedtbauer (PPE), Maria Noichl (S&D), Anna Cavazzini (Verts/ALE), Herbert Dorfmann (PPE), Monika Vana (Verts/ALE) und Yannick Jadot (Verts/ALE) eine Anfrage mit Vorrang zur schriftlichen Beantwortung bei der EU-Kommission ein. Der Titel der Anfrage lautet „EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen: weiteres Verfahren, Nachhaltigkeitsabschätzung und Klimaschutz.“ Die Antwort des Handelskommissars Valdis Dombrovskis im Namen der Europäischen Kommission erfolgte am 23. Juni 2021 (DE, P-002484/2021): „Die Kommission und der Mercosur arbeiten noch daran, den Text des Abkommens fertigzustellen. Daher liegt derzeit kein Beschluss über den Rechtsrahmen des Abkommens vor.“ Dies heisst, die Kommission lässt weiterhin offen, ob sie dem Rat den Vorschlag unterbreitet, über das Assoziierungsabkommen (einschließlich Handelsteil) oder nur über den Handelsteil abzustimmen. Im ersten Fall wäre eine Einstimmigkeit erforderlich, im zweiten Fall genügt eine qualifizierte Mehrheit.

Alle Hyperlinks überprüft am 23. Februar 2024



Herausgeber: Anders Handeln, Friends of the Earth Europe, Netzwerk gerechter Welthandel
Autor: Jürgen Knirsch
Mitarbeit: Ludwig Essig, Theresa Kofler, Julie Zalczman

Berlin, Brüssel, Wien. Februar 2024
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Ludwig Essig, essig@forumue.de